



**EUROPÄISCHE SENIOREN UNION(ESU)**

**EUROPEAN SENIORS' UNION (ESU)**

ESU Newsletter „Senior International“ Ausgabe Nr. 98 25. Juni 2014

**Sommerakademie in Wien setzt Akzente „  
Weitere Eindrücke vom Ringen „um eine bessere EU“**

Die bereits zum 5. Mal abgehaltene Veranstaltung wurde ihrem Anspruch gerecht: den Zusammenhalt der ESU-Führungskräfte zu stärken und Kräfte für das Ehrenamt zu mobilisieren. Für das Wohlergehen der Bürger, speziell im höheren Lebensalter, Sorge zu tragen und das Zusammenwirken der Generationen zu wahren – das sind Ziele, für die der Einsatz lohnt.

Einen Überblick über die dreitägige Akademie vom 12. bis 14. Juni war in der SI- Ausgabe Nr. 97 zu lesen. Die Redebeiträge von

- Prof. An Hermans (BE), Ministerin Dr. Sophie Karmasin (A) ,Prof. Steven Van Hecke (BE) und Heinz K. Becker MdEP (A)

liegen dem Generalsekretariat der ESU ([esu@epp.eu](mailto:esu@epp.eu); Tel. +32 23 09 28 66) vor.

Nachstehend werden – wie avisiert – weitere Eindrücke des „SI“-Redakteurs - vornehmlich zu Erfahrungen der Mitgliedsorganisationen mit und aus den Wahlen zum Europäischen Parlament wiedergegeben. Die Erfahrungen und Ergebnisse sind so differenziert wie die Situation der Länder. Die Diskussionsredner stimmten jedoch

darin überein, dass sie auf dem Weg zu einer „besseren EU“ Mitverantwortung tragen und bereit sind, ihre politische und Lebenserfahrung dafür einzubringen. Das werde geschehen getreu ihrer Verankerung „inmitten der Gesellschaft“, wie ESU-Präsidentin **An Hermans** (BE) nachdrücklich betonte. Sie plädierte dafür, in den Veranstaltungen vor Ort über lokale und nationale Themen hinaus stets die europäische Politik im Visier zu behalten. Konkret bedeute dies, neue Hoffnung und Sicherheit zu geben, Vertrauen in die europäischen Politiker zu festigen bzw. neu zu begründen, die Demokratie zu stärken. „In die Zukunft zu blicken“ bedeutet für die Präsidentin daher auch, mit den Abgeordneten in ständigem Kontakt zu bleiben sowie überall Seniorenorganisationen aufzubauen und sie kontinuierlich zu entwickeln. Sie sollten als Teil der Zivilgesellschaft die Politik mitgestalten.

An diese Forderungen anknüpfend, regte der SI-Redakteur an, die Bemühungen um neue Mitstreiter in Frankreich, Portugal, den Niederlanden, Irland, Dänemark, Moldawien und Georgien zu intensivieren, und mit dem kroatischen Mitgliedsverband den Kontakt wiederherzustellen. Hierbei sieht **Ulrich Winz** (DE) auch die Vizepräsidenten aus den betreffenden Regionen in der Pflicht.

**Barbara Fischer** (Hamburg/DE) sprach sich dafür aus, die guten Ergebnisse der EU-Institutionen, von denen u.a. der Abgeordnete Karas (A) gesprochen hat, offensiv zu vertreten; den Gesprächsführern sollten Argumentationshilfen in die Hand gegeben werden. Elke **Garczyk**, Vizepräsidentin aus Bayern (DE), äußerte spontan ihre Bereitschaft, dabei Hilfe zu leisten.

**Dr. Edeltraud Paul** (Wien/A) schilderte ihre Erfahrungen mit Führungen durch das österreichische Parlament, den Nationalrat. Dabei besteht Gelegenheit, Anliegen und Arbeitsfelder „von Brüssel und Straßburg“ zu vermitteln und Interesse für europäische Politik zu wecken.

Zum Fürsprecher vieler Bürger machte sich **Andrejs Rudzitis** (Riga/LV), als er unter Bezug auf die Situation in der Ost-Ukraine und die Verantwortung der EU die Sorgen der baltischen Länder um die nationale Sicherheit und Souveränität artikulierte.

**Anne Velliste** (Tallinn, EST) bemängelte die „schwache Reaktion Europas auf Putin“, weshalb die nationale und internationale Sicherheit das Hauptthema des Wahlkampfes gewesen ist. Trotz der Möglichkeit, die Stimme online abzugeben, sei die Wahlbeteiligung in Estland mit 36 Prozent weiter gesunken. Die in allen größeren Städten aktiven Seniorengruppen hatten durch Verbreitung von Druckschriften Anteil daran, dass der Abgeordnete Tunne Kelam für die Partei Pro Patria/ResPublica wiederum nach Straßburg gehen kann.

Dass es durchaus lohnt, sich zu engagieren, erläuterte auch **Jozef Miklosko** (Bratislava, SK), ältestes Mitglied des nationalen Parlaments. So habe der slowakische Seniorenrat mit seiner Forderung auf den besonderen Schutz älterer Bürger bei der Regierung Erfolg gehabt. 13 christlich orientierte Bürger der Slowakei seien jetzt im Europaparlament, stellte er fest. Im Übrigen bereite sich die Slowakei auf den 25. Jahrestag ihrer Befreiung vor, der mit zahlreichen Veranstaltungen begangen werde.

Aus Anlass der Europawahlen hat der slowakische Seniorenverband ZKS eine gesonderte Ausgabe seines Magazins „Generacie“ mit dem Untertitel „Für aktive Senioren“ herausgebracht, in dem alle Kandidaten vorgestellt waren, teilte dessen Chefredakteur **Dr. Milos Nemecek** mit. Den Vorkämpfern der europäischen Integration Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi mit ihren Maximen wie Freiheit, Solidarität und Subsidiarität widmete er - eingebettet in das Wahlprogramm der KDH - eine ganze Seite.

Als „verwurzelte Südtirolerin und überzeugte Europäerin“ tritt Dr. **Christine von Stefenelli** für ein „Europa der Regionen“ ein. Wie die

ESU-Vizepräsidentin aus Bozen mitteilte, sei es mit Unterstützung aus dem Trentino und den in Italien ansässigen Slowenen gelungen, die Wiederwahl des erfolgreichen EU-Abgeordneten **Herbert Dorfmann** zu erreichen. Auch die Erhöhung der Mindestrenten von ca. 520 auf 700 EURO – wenn auch als Mietzuschuss – gelte als Erfolg. Nun stehe die Zusammenarbeit aller Südtiroler Seniorenverbände auf der Tagesordnung.

Bewährt hat sich bei den Europawahlen erneut die Kooperation der drei slowenischen ESU-Mitgliedsverbände. Sie setzten sich – wie **Ernest Margon** sagte –erfolgreich gegen den Versuch zur Wehr, Wähler im Seniorenalter zu manipulieren. Auf die schriftlich vorgelegten Berichte Bezug nehmend, hoben Vizepräsident **Anton Bogataj** und **Zvone Zinrajh** die gemeinsame Wahlliste hervor. Dass sich die Europa-Kandidaten demzufolge auch gemeinsam und sogar in Anwesenheit des damaligen Vorsitzenden der EVP-Fraktion Joseph Daul (FR) vorgestellt haben, fand landesweit Beachtung. Mit dem Wahlergebnis sei man zufrieden, wogegen die Wahlbeteiligung der Slowenen mit 24 % unter den Erwartungen blieb. **Drago Cepar** (ebenfalls SLO) sprach die „prekäre Situation der Rentner“ an, die rasches Handeln der Regierung erfordere. Die ESU regte er an zu einer Initiative gegenüber der EVP an, „für mehr Respekt gegenüber der Sprachenvielfalt und Kultur in der EU“ zu sorgen. Auch auf Defizite bei der korrekten Schreibweise von Eigennamen müsse die ESU aufmerksam machen. Wenn seine slowenischen Landsleute am 13. Juli das nationale Parlament wählen, müssten sie die Gewissheit haben, dass „ESU und EVP hinter ihnen stehen“.

Über gute Wahlergebnisse kann sich **Jose M. Regas Graupera** (Barcelona/ESP) freuen. Für ihn sind europaweite Regelungen über die Rechte der Älteren, speziell zu Sozialleistungen, unverzichtbar. Er spricht sich für fließende Übergänge in den Pensionsbezug aus.

Eine Lanze für politische Gedenkkultur brach der Redakteur dieses Newsletters. Jüngste Begegnungen in Auschwitz-Birkenau und Maidanek (beides Polen) haben ihn jüngst darin bestärkt. Die Solidarität mit friedfertigen Ukrainern wie etwa den ESU-Partnern im Pensionistenverband UARP sollte auf längere Zeit angelegt und ideenreich praktiziert werden. Was dort geschieht, gehe ganz Europa an, wie es auch der UARP-Vorsitzende **Volodymyr Dzobak** in jeder seiner Botschaften an Präsidentin Prof. **An Hermans** betont.

Vizepräsident **Sture Eriksson** (SE) stellte fest, dass die Erwartungen des Wahlkampfes übertroffen wurden, und sprach sich für eine Politik aus, die - auf christlichen Werten basierend – Stabilitätssicherung zum Ziel hat.

**Sverre Mauritzen** (NO) bedauerte, dass sich sein Land trotz zahlreicher Beispiele für die Kooperation bisher nicht der EU angeschlossen hat; sein Seniorenverband spricht sich für „Stabilität und Sicherheit als wichtigste Politikziele“ aus.

Aufmerksamkeit verdienen auch:

**Dr. Marilies Flemming** (Wien/A), die zahlreiche Vorzüge der EU gegenüber anderen Teilen der Welt darlegte und „null Toleranz gegenüber Intoleranz“ verlangte;

**Prof. Dr. Andreas Khol** , Vorsitzender des gastgebenden Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB), der die parlamentarische Demokratie weltweit in der Krise sowie „autokratische Modelle“ auf dem Vormarsch sieht wie auch rechte, antieuropäische Parteien;

**Otmar Karas**, stellv. Präsident des EU-Parlaments (aus Österreich), der sich vehement gegen „Entscheidungen in Hinterzimmern und ohne Parlament“ aussprach und „Besseres Europa“ mit „besser, schneller, flexibler und mobiler sein als Wettbewerber“ verglich;

**Prof. Dr. An Hermans**, Präsidentin der ESU (BE), die sich für die Zusammenarbeit mit dem ÖSB, der Poltischen Akademie (PolAk) der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), der EVP und dem Martens-Center bedankte und bekannte: „Ich habe auf meinen Reisen im letzten halben Jahr viele interessante Begegnungen gehabt und gespürt, dass Europa nicht mehr nur ein Gedanke ist, sondern auch ein Gefühl wurde“;

**Leif Hallberg** (Stockholm/SE), Ehrenvorsitzender der ESU, der die vielseitige Tätigkeit von AGE als „the largest European organization for identifying and promoting seniors’ rights and interests“ darstellte, die derzeit von vier Persönlichkeiten der ESU mitgetragen wird; und der über die Benennung einer unabhängigen Expertin der UNO für die Beschäftigung mit allen Menschenrechten älterer Bürger (Frau Rosa Kornfeld-Matte aus Chile) informierte.;

**Familien-Ministerin Dr. Sophie Karmasin (A)**, die Österreich zum familienfreundlichsten Land in Europa machen will und nach dem Beispiel in Niederösterreich überall Mehrgenerationshäuser plant, in denen Alte und Junge (auch Demente) gemeinsam wohnen und betreut werden;

**Dr. Bernhard Worms** (Pulheim/DE), 2001 – 2013 ESU-Präsident, der wie einst Konrad Adenauer Golgatha, Akropolis und Capitol als die drei Hügel bezeichnete, auf denen Europa gegründet ist und - Thomas von Aquin zitierend - Verantwortete Freiheit, Subsidiarität und Solidarität als Grundlage menschlichen Handelns postulierte. Wir politisch tätigen Senioren sollten Ansprechpartner für ratsuchende Bürger sein und bleiben, mahnte Worms. Bei allen anstehenden politischen Entscheidungen müssten die Fernwirkungen bedacht werden.

X

Auf die in Ausgabe Nr. 97 angekündigten Details aus den Reden der Abgeordneten Othmar Karas und Heinz K. Becker wird in Nr. 99 eingegangen.

*Redakteur: Ulrich.winz@web.de*